



Hilfe für Geflüchtete in Polens Wäldern

Foto: Wir packen's an

LINKE MOL unterstreicht ihren Markenkern: Solidarität 720 Euro für Geflüchtete auf Mitgliederberatung gesammelt

Die Mitglieder der LINKEN Märkisch-Oderland haben auf ihrer Beratung am 13. November 720 Euro für notleidende Flüchtlinge an der Ostgrenze Polens gesammelt und dem Verein „Wir packen's an“ übergeben. Mit den Spendengeldern wolle die Hilfsinitiative aus Bad Freienwalde dringend benötigte Winterkleidung, feste Schuhe, Lebensmittel und Hygieneartikel kaufen und zu den Geflüchteten bringen, erklärte Miriam Tödter, Pressesprecherin der Initiative, auf der Versammlung in Rehfelde. Es sei eine Tragödie, die die Menschen an der polnischen Grenze

durchleiden müssten, ebenso wie an zahlreichen anderen Außengrenzen zur Europäischen Union, sagte sie. Dabei breche die EU bestehendes Asylrecht. Solidarität außerhalb und innerhalb der Linkspartei stand ebenfalls im Mittelpunkt der Mitgliederversammlung des Kreisverbandes über die schlechten Ergebnisse bei den Bundestags- und Landratswahlen: Lebhaft diskutierten die Genossinnen und Genossen darüber, dass sie mit ihren Kernthemen wie soziale Gerechtigkeit und Frieden offensichtlich nicht vernehmbar genug die Menschen erreichten.

DIE LINKE habe kein geschlossenes Bild gezeigt. So mancher Stammwähler wollte mit seiner Entscheidung für SPD oder Grüne Laschet verhindern. Mehr Geschlossenheit sei nötig. Die LINKEN wollen wieder verstärkt bei den Menschen vor Ort aktiv werden und mehr junge Leute gewinnen. Denn eine Gerechtigkeitspartei werde dringend gebraucht. Über weitere Kritikpunkte und Vorschläge in der Debatte und an den aufgestellten Pinnwänden wird „Impulse“ im Zuge der Auswertungen des Kreisvorstandes weiterhin eingehend berichten.

r. a.

**LINKE MOL fordert
Rechtsstaatlichkeit**

Seite 2

**Lage betroffener
Frauen verbessern**

Seite 3

**SchülerInnen leben
Toleranz und Vielfalt**

Seite 5

**Dem Wolga-Don-Kanal
auf der Spur**

Seite 7

◀ Linke vor Ort

LINKE MOL fordert Rechtsstaatlichkeit an EU-Grenzen

Die Mitglieder der LINKEN Märkisch-Oderland haben im November Politiker auf Kreis-, Landes- und Bundesebene aufgefordert, sich für die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit für geflüchtete Menschen an EU-Außengrenzen einzusetzen. Mit einem Schreiben unterstützen sie damit eine gleichlautende dringende Forderung mehrerer nationaler und internationaler Hilfsorganisationen an die Ampel-Parteien, SPD, FDP und

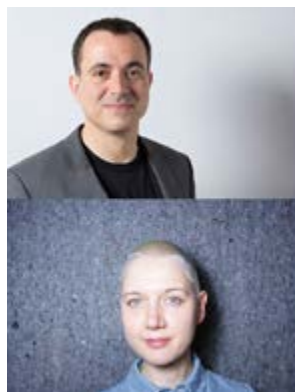
Bündnis 90/Die Grünen. Die Hilfsorganisationen hatten zuvor in einem Protestbrief angesichts der Grenzschutzmaßnahmen Polens gegen geflüchtete Menschen auf eine neue Dimension des Umgangs mit Schutzsuchenden an EU-Außengrenzen verwiesen. Die Einhaltung der Rechte von Geflüchteten, wie sie in internationalen Verträgen festgeschrieben seien, scheine keine Rolle mehr zu spielen, heißt es in dem Appell der Organisationen.

So stelle das Aussetzen des Rechts auf Stellung eines Asylantrages einen eindeutigen Verstoß gegen die Genfer Flüchtlingskonvention dar. Es sei zudem rechtswidrig, notleidende Menschen an Grenzen wieder zurückzudrängen (illegale Pushbacks) sowie medizinische Hilfe und die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Hilfsgütern durch NGO's (Nichtregierungsorganisationen) zu blockieren.

Renate Adolph

Verjüngter Stadtvorstand mit neuen Ideen in Strausberg

Am 19. November fand in Strausberg die Gesamtmitgliederversammlung zur Wahl des neuen Stadtvorstands statt. Angesichts der Coronalage waren 32 Mitglieder, die sich für die Teilnahme entschieden hatten, schon eine räumliche Herausforderung. Die Versammlung hatte zwei Schwerpunkte. Zum einen wurde durch den Stadtvorsitzenden Niels-Olaf Lüders der alte Stadtvorstand mit einem Rechenschaftsbericht verabschiedet. Genosse Lüders reflektierte noch einmal die letzten zwei Jahre mit allen Erfolgen, Schwierigkeiten und Herausforderungen unter Pandemiebedingungen. Er besprach den Wahlkampf für Bundestag und Landrat und bedankte sich bei den Vorstandsmitgliedern und allen Aktiven für ihren Einsatz. Den zweiten Punkt bildete die Neu-



v. l. Ronny Kühn, Gianna Faust, Matthias Böhme, Maria Düsterhöft, Susanne Lang, Ute Wunglück

wahl des Strausberger Stadtvorstandes. Dieser setzt sich nun aus den jeweils einstimmig gewählten Genossinnen und Genossen Susanne Lang, Gianna Faust, Matthias Böhme, Ronny Kühn, Ute Wunglück und Maria Düsterhöft zusammen. Dieser deutlich verjüngte Vorstand

hatte sich im Vorfeld an die Strausberger Parteimitglieder gewandt und in einem Brief seine Schwerpunkte zur Diskussion gestellt. Kurz gesagt, sollen die Schwerpunkte auf Mitgliedererwerb und Schaffung von thematisch organisierten Arbeitsgruppen liegen. Maria Düsterhöft

Stolpersteine in Seelow gereinigt

Mitglieder der Linkspartei brachten am 9. November die 11 Stolpersteine in Seelow auf Hoch-

glanz. Sie gedachten damit am 83. Jahrestag der Pogromnacht in Nazideutschland der Opfer millionenfacher Verfolgung und Vernichtung jüdischer Mitbewohner.



Foto: A. Fortunato



Foto: Dietmar Ehrlich

◀ **Unsere Abgeordneten in den Parlamenten**

Lage betroffener Frauen und ihrer Kinder endlich verbessern

Am 25. November, dem „Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen“ forderte Bettina Fortunato im Landtag Brandenburg, endlich die Lage betroffener Frauen und ihrer Kinder spürbar zu verbessern. Es sei dringend geboten, wirksame Maßnahmen für schnelle Hilfen zu ergreifen.

Dabei verwies die frauen- und familienpolitische Sprecherin der Linksfraktion auf eine deutlich steigende Zahl an Gewaltdelikten gegen Frauen in Brandenburg: Laut einem Gutachten haben Körperverletzungen seit 2013 um 16 % und Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung sogar um rund 50 % zugenommen. Allein im Jahr 2019 wurden insgesamt 4371 Fälle von häuslicher Gewalt verübt. Dabei hätten sich 14 Straftaten gegen das Leben gerichtet. In acht Fällen war es Mord und in sechs Fällen Totschlag.

Bettina Fortunato unterstrich in ihrer Rede, dass Schätzungen zufolge bereits jede 4. Frau in Deutschland Gewalt durch den Partner erfahren habe. Die Dunkelziffer dürfte wesentlich höher sein. Während der pandemiebedingten Lockdown-Phasen habe sich die Anzahl noch einmal bedeutend erhöht. Die Abgeordnete fragte: Wohin sollen die Frauen fliehen, wenn Beratungsstellen dicht und



Abgeordnete hissten am 25. November vor dem Landtag Brandenburg eine Flagge, die sich gegen Gewalt an Frauen richtet.

die viel zu wenigen Frauenhäuser ausgelastet sind? Wie können sie überhaupt fliehen, wenn ihnen jede Flucht von ihrem Peiniger vereitelt wird? Wie schwer fällt ein Hilferuf, wenn er das Risiko birgt, von den vermeintlichen Helfern einer Mitschuld bezichtigt zu werden?

Es brauche wirksame Schutzmaßnahmen und vor allem ein einheitliches gemeinsames Vorgehen, appellierte sie. Alle beteiligten Akteure – Polizei, Behörden, Gerichte – müssten mit einer Sprache

sprechen, klare und einheitliche Verfahrensabläufe einhalten und sich ohne Wenn und Aber gegen die Täter und vor die gewaltbetroffenen Frauen und deren Kinder stellen.

Anmerkung:

In Märkisch-Oderland gibt es gerade einmal eine Frauenschutzwohnung.

In Brandenburg stehen schutzsuchenden Frauen 286 Betten zur Verfügung. Das ist etwa die Hälfte der von der Istanbul-Konvention geforderten Kapazität. r. a.

Ein Raum für junge Leute in Neuenhagen

In Neuenhagen leben viele junge Leute. Aber wo gibt es einen Raum, in dem sie sich treffen, Musik hören und gemeinsam etwas unternehmen können? Die Kontaktsozialarbeiter in Neuenhagen träumen von Räumlichkeiten, in denen Jugendliche Kreativität und Ideen entwickeln sowie sich Hilfe suchen könnten. Neben Tages-

angeboten wären Kino-, Grill- und Partyabende in und an einem zerfallenen Haus in der Ziegelstraße, Nähe des Bahnhofes, denkbar.

Die Gemeindeverwaltung zeigte sich diesem Vorschlag aufgeschlossen. Eine Gruppe aktiver junger Leute übergab dem zuständigen Mitarbeiter, Herrn Kirst, eine Liste mit Arbeiten, die sie selbst

ausführen könnten. Schließlich im Mai stellte Herr Kirst im Kultur- und Sozialausschuss der Gemeindevertretung Planungen für die Ziegelstraße vor. Die Mitglieder der Linksfraktion in der Gemeindevertretung werden weiterhin das Projekt begleiten und aktiv unterstützen.

Judith Maringer

◀ **Aus unserer Postmappe**

Auszüge aus Brief der LINKEN Altlandsberg an Bundesvorstand

Der Stadtverband der LNKEN Altlandsberg richtete am 28. November einen Brief an den Bundesvorstand der Linkspartei mit Vorschlägen zur Strategieänderung (www.dielinke-mol.de). Darin heißt es:

„Wir haben mit großer Sorge beobachtet, wie die Spitze unserer Partei über Jahre interne Meinungsverschiedenheiten vor der Öffentlichkeit ausgetragen hat und damit eine katastrophale Entwicklung in Gang gesetzt hat, die das Ansehen unserer Partei stark schädigte. Dieser Trend ist auch in unserem Wahlkreis deutlich zu spüren. Wir sehen die öffentliche Austragung innerparteilicher Kämpfe als Selbstmord unserer Partei. Deshalb haben wir die Analyse der Sozialistischen Linken begrüßt, die Kernpunkte anspricht und glauben, dass eine grundsätzliche Änderung der Strategie in folgenden Punkten erforderlich ist:

1. Stärkere Konzentration unserer politischen Arbeit auf die sozial schwache Schicht der Bevölkerung. Unsere Verankerung mit den Lebenswerten der einfachen Leute ist verloren gegangen.
2. Wir spüren auch, dass der Abstand zwischen den Führungsgremien unserer Partei und der Basis gefährlich größer geworden ist. Wir glauben, dass Ihr offensichtlich nicht mehr wisst, was an der Basis passiert.
3. Wir müssen in allen Ebenen der Partei die Sprache wiederfinden, wie sie in Fabriken und Pausenecken, Gaststätten und Stammkneipen, Vereinen und Gewerkschaften, Familien, Senioren- und Pflegeheimen gesprochen wird.
4. Die populärsten und angese-

hensten Mitglieder unserer Partei müssen auch die meiste Öffentlichkeit bekommen und nicht, wie in der Vergangenheit von der Bundespartei praktiziert, in die ferne EU geschickt werden oder in der Versenkung der internen Parteiarbeit verschwinden.

5. Die öffentlichen Auftritte unserer Genossinnen und Genossen müssen mit Unterstützung aller inhaltlich und organisatorisch viel besser als bisher vorbereitet sein. Dass es möglich ist, beweisen die Auftritte Sahra Wagenknechts.

6. Das Profil unserer sozialistischen Partei muss in allen Entscheidungen klar sichtbar sein. Stimmenthaltungen zeugen nicht von einer klaren Positionierung. Es kommt auf ein offenes, konsequentes und selbstbewusstes Auftreten an, wenn erforderlich, auch gegen den Strom. Die Enthaltung im Bundestag bei der Abstimmung über den Abzug der Truppen aus Afghanistan war ein schwerer Fehler.

7. Die Energiesicherheit ist ein wesentlicher Punkt des zukünftigen Wirtschaftens. Deshalb fordern wir eine sozial verträgliche Energiepolitik, die einen stufenweisen Austausch der fossilen Brennstoffe durch moderne Energiegewinnung möglich macht. Strom, Wasser und Heizung müssen für jeden Bürger bezahlbar bleiben.

8. Mit dem im Wahlkampf erkennbaren Anbietern an andere Parteien als möglicher Koalitionspartner ist DIE LINKE für viele Wähler austauschbar geworden. Jede bisherige Regierungsbeteiligung als Minderheitspartner hat zu erheblichen Stimmenverlusten bei den Folgewahlen geführt. Eine sozialistische Partei wird im Ka-

pitalismus so lange in Opposition sein, bis sie eine Mehrheit erreicht hat.

9. Wir sehen bei den anderen Wahlverlierern (CDU und AfD) deutlich mehr Aktivitäten, die Situation für die Zukunft zu ihren Gunsten zu verändern, als in unserer Partei. Wie ist z. B. eure Meinung zu einer Mitglieder- und Sympathisantenbefragung und zur Verjüngung der Führungsspitze unserer Partei?

10. Wir halten es für unbedingt erforderlich, sich mit der Erscheinung des Linkoliberalismus, wie er von (der gewiss nicht immer fehlerfreien) Sahra Wagenknecht in ihrem Buch analysiert wird, dringend inhaltlich auseinanderzusetzen. Er hat auch unsere Partei schon infiziert. Die dabei sicher erforderlichen Auseinandersetzungen gehören nicht in die Öffentlichkeit und bedürfen einer ehrlichen Debatten- und Streitkultur.

11. Und natürlich rufen wir immer und überall gegen Kriege auf und gegen die Hochrüstung, die zurzeit erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg sogar von Regierungsmitgliedern und konservativen Politikern offen wie nie zuvor gepredigt wird. Nur eine friedliche Zusammenarbeit der Völker garantiert durch die Einsparung kolossaler finanzieller Mittel die Möglichkeit, eben diese Abermillionen als Quellen der Entwicklung aller Staaten einzusetzen. Damit verbunden sollten wir lauter werden mit der Forderung: „Waffen raus aus unserem Land, insbesondere die Atomwaffen!“

Leserbriefe müssen nicht in allen Punkten der Meinung der Redaktion entsprechen.

◀ Aus unserer Postmappe

SchülerInnen leben Toleranz und gestalten Vielfalt

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage in Petershagen



Fotos: Steffi Schwabe



„Wir, die Schülerinitiative, wollten nicht mehr nur reagieren, sondern vor allem präventiv kommunizieren. Vielfalt und Vorurteile gehören so lange zusammen, bis man sich begegnet und Grenzen

abbaut. Und das schaffen wir seit fast zwei Jahren. Wir schaffen Begegnungen, reden miteinander, zeigen Courage und leben vor allem Toleranz.“ Mit diesen Worten eröffneten Alisha Irwin aus der 9. Klasse und Kevin Gumprecht aus 13. der am 8. November die feierliche Titelverleihung „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ an die Gesamtschule Petershagen der FAWZ.

Am Festakt nahmen u. a. Patin Bettina Fortunato (Landtagsabgeordnete der LINKEN) und Andrea Rauch von der RAA Brandenburg (Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie) teil. Ein Videogruß von „The Busters“ und die musikalische Begleitung von Jonas und Patrick aus der Jahrgangsstufe 13 rundeten die Feierlichkeit ab. Zudem hatten 42 Schülerinnen und Schüler von Klasse 7 bis 13 mit viel Herzblut ein Programm vorbereitet, das unter die Haut ging. Dazu trugen zuvor u. a. Projekttag zu Themen wie „Wirkung von Sprache“, „Sexismus und Queerfeind-

lichkeit“, „Menschenverachtende Einstellungen“ und „Strategien für ein couragiertes Handeln“ bei. Sie befassten sich mit Fragen wie: Was heißt es fremd in einem Land zu sein?

Как ты себя чувствуешь если ты живёшь в чужой стране?

Wie sehr schränkt es einen ein, wenn man die Landessprache nicht spricht?

Est-ce que ça gêne beaucoup si on ne parle pas la langue du pays? Wie fühlt es sich an, auf Grund von Äußerlichkeiten aktiv benachteiligt zu werden?

¿Cómo se siente ser afectado activamente por los demás, por-tú apariencia?

Was heißt es, wenn die Herkunft zum Handicap wird?

اقواع لصالا حبصري امدن ع ين عي اذام
Die SchülerInnen machten deutlich: Schule ist ein Ort für jedes Kind, jeden Jugendlichen und jeden Erwachsenen. Wenn wir aktiv Vielfalt gestalten, kann Schule ein ganz besonders starker Lebensort werden.

Steffi Schwabe

Jugendantifa gedenkt der Opfer des NSU

Am 6. November fand in Strausberg eine Gedenkkundgebung im Zusammenhang mit der Selbstenttarnung des NSU statt. Die S5 Antifa gedachte der Opfer: Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat sowie Michèle Kiesewetter. Diese 10 Menschen wurden in den Jahren 2000-2007 von dem sogenannten „Nationalsozialistischen Untergrund“ getötet. Es wurden Redebeiträge von

verschiedenen Organisationen gehalten. Die Opferperspektive, das offene Antifa-Treffen (OAT), die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN BdA) und die Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt in Märkisch-Oderland (BorG) unterstützten die OrganisatorInnen mit interessanten Ansprachen. So wurde u. a. im Beitrag des OAT's über die rassistischen Untersuchungen gegen Hinterbliebene und Vertuschungsversuche des Verfassungsschutzes

informiert.

Der Redebeitrag der BorG behandelte Perspektiven der Betroffenen und betonte, dass man ihnen auch heute noch, 10 Jahre später, zuhören müsse. Angesichts neuer und alter rechtsextremer Strukturen, die tief in staatliche Institutionen ragen, ist es weiterhin nötig, sich aktiv gegen jegliche Form der Diskriminierung und des Rechtsextremismus einzusetzen.

S5 Antifa

◀ Kolumne

Uneinigkeit droht Planeten zu verbrennen

Die großen Wirtschaftsmächte zeigen mit dem Finger weiter jeweils auf den anderen, während der Planet verbrennt. Der G20-Gipfel in Rom war eine „riesige Enttäuschung“ in Vorbereitung auf das Weltklimatreffen COP26 in Glasgow. Die Staats- und Regierungschefs der großen Wirtschaftsmächte konnten sich nicht auf ehrgeizige Klimaziele einigen. Obwohl sie für 80 Prozent der Emissionen verantwortlich sind.

Die Menschheit steuert auf eine Erwärmung um 2,7 Grad und auf eine katastrophale Entwicklung der Klimakrise zu“, sagte Jörn Kalinski von der Entwicklungsorganisation Oxfam. „Die hier an den Tag gelegte Unentschlossenheit und Uneinigkeit droht unseren Planeten zu verbrennen.“ Das hat fatale Folgen wie Dürren, Hochwasser, Eisschmelze, Waldbrände oder Stürme. Laut einer Oxfam-Studie verursachen die Superreichen in der Welt zigfach mehr klimaschädliche Treibhausgase als der Rest der Welt, die Ärmere.“

Das Pariser Klimaabkommen ist richtig, ist der richtige Weg, auch ökonomisch. Jetzt kam es in Glasgow auf das Regelbuch der Verwirklichung an. Nur konkrete Maßnahmen in den nächsten Jahren, im nächsten Jahrzehnt können die gefährliche Lage verändern.

Ein Hauptproblem in der internationalen Klimapolitik besteht darin, dass die Industrieländer nicht bereit sind, ausgehend von ihrer historischen Verantwortung, für das Verursachen der Krise und ihrer Wirtschaftskraft einen fairen, d. h. den Hauptbeitrag zum global nötigen Klimaschutz zu leisten.

Unter den G20-Staaten kommt es auf China an, dem weltgrößten Kohleverbraucher und mit Abstand größten Produzenten von Treibhausgasen. Allerdings liegt China beim Pro-Kopf-Ausstoß nach Staaten wie Canada, Saudi-Arabien, USA und auch Deutschland erst an 13. Stelle in der Welt. Noch deutlicher wird die Frage nach den Verursachern bei der Betrachtung der gesammelten Emissionen, wo die USA im Vergleich zu China acht-mal höheren CO²-Ausstoß pro Kopf zu verzeichnen haben. Auch Indien, der viertgrößte CO²-Produzent nach China, den USA und der EU, bremst. Das betrifft auch Russland und nicht zuletzt auch Deutschland. Wirtschaftliche Rivalität, fehlender politischer Wille, die menschliche Trägheit, Gewohnheiten zu ändern, zu wenig Zeit für Veränderungen und limitierte Möglichkeiten beim aktiven Klimaschutz sind Gründe dafür, wo es bei der Rettung der Welt hakt.

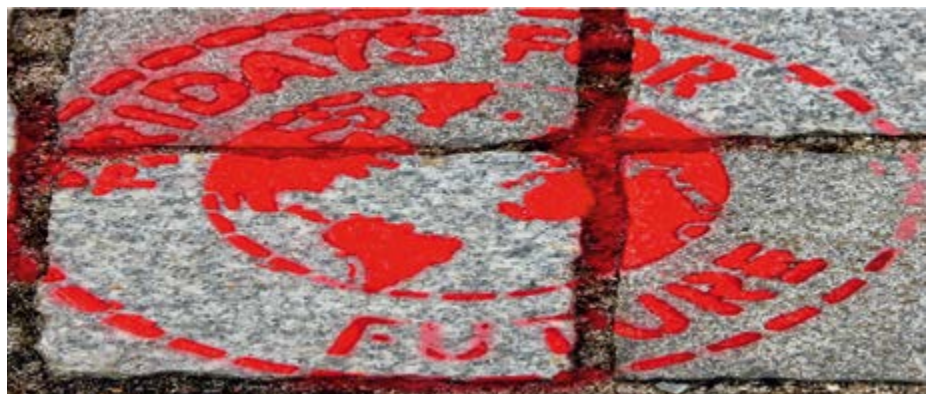
Da helfen aus persönlicher Sicht auch nicht Arrangements zum Wald für 2030 oder die Schaffung einer neuen Behörde in Frankfurt am Main. Es zählt auch nicht der Streit über das Enddatum der CO²-Neutralität der Wirtschaft. Es gilt vielmehr, vernünftig und

weitsichtig zu handeln und Problemlösungen zu finden, die die Menschen verstehen und an deren Verwirklichung sie sich aktiv beteiligen, ohne das Schüren von Angst. Es geht um einen verbindlichen Rahmen für alle Staaten und individuelle Schritte für jedes einzelne Land. Dabei wird es ohne Einschränkungen und Verzicht insbesondere der reichen Staaten nicht mehr möglich sein.

Auch wir Rehfelder sollten uns zu den bereits abgesteckten Zielen beim Klimaschutz bekennen und entsprechend der großen Ziele in der Bundesrepublik Deutschland unseren Beitrag leisten. Ganz im Sinne der Parteien der Ampelkoalition müssen dringend die Entwicklungen im Windfeld 26 zugelassen, das Mühlenfließ klima- und energieneutral weiter geplant, der Schulcampus energetisch vorbildlich entwickelt und die öffentlichen Gebäude sowie Gewerbebetriebe mit PV-Anlagen ausgestattet werden. Die Sorge um unseren Wald und die Schaffung von Ausgleichsflächen gehören ebenso dazu. Bäume gießen allein hilft nicht.

Retten wir gemeinsam unseren Planeten, unser Leben!

*Reiner Donath
Gerhard Schwarz*



◀ **Weltenbummler**

Der Wolga-Don-Kanal – Wolgareise Teil 4

Meine Schiffsreise Wolga-abwärts im Spätsommer 2018 endet nicht an der Wolga-Mündung in Astrachan am Kaspischen Meer, sondern in Rostow am Don am Asowschen Meer. Voraussetzung ist die Passage des Wolga-Don-Kanals. Er beginnt südlich von Wolgograd und erstreckt sich über rund 100 Kilometer.

Nahezu jeder gelernte DDR-Bürger verbindet mit dem Namen des Don den berühmten und beeindruckenden Roman „Der stille Don“ von Michail Scholochow, für den er 1965 den Literatur-Nobelpreis erhielt (als einziger auch von sowjetischer Regierungsseite akzeptierter sowjetisch/russischer Literatur-Nobelpreisträger).

Die Idee, Wolga und Don – zwei große schiffbare Flüsse im Westen Russlands – miteinander zu verbinden, gibt es bereits im 16. Jahrhundert bei den Osmanen, später dann bei Zar Peter dem Großen. Der russische Herrscher beschließt, einen Kanal zwischen den beiden Strömen zu bauen. Jedoch wird die Idee aus ver-

schiedenen Gründen aufgegeben. Der Bau des Wasserweges, der immer noch Lenins Namen trägt, beginnt im Jahr 1941 als einer der sowjetischen Großbauten. Er wird jedoch kurze Zeit später wegen des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges gestoppt. Die Arbeiten werden 1948 wieder aufgenommen. Etwa 900000 Arbeiter, darunter etwa 100000 deutsche Kriegsgefangene und 100000 Gulag-Gefangene sind beteiligt.

Am 27. Juli 1952 wird der Kanal eingeweiht. Die komplette Fertigstellung dauert allerdings noch bis 1957. Die künstliche Wasserstraße verbindet Wolga und Don an der Stelle, an der die beiden Flüsse den geringsten Abstand zueinander haben. Der Wolga-Don-Kanal überwindet auf der Wolga-Seite über 9 Schleusen „bergauf“ einen Höhenunterschied von 88 m. Auf der Don-Seite geht es wieder mit 4 Schleusen „bergab“ bei einem Höhenunterschied von 44 m. Der Kanal mündet dort schließlich in den Zimljansker Stausee. Allein für die Schleusendurchfahrten be-



Foto: Monika Huschenbett

nötigt unser kleines Flusskreuzfahrtschiff ca. 24 Stunden!

Zur Wasserversorgung gibt es drei Pumpstationen, die das Wasser zur höchsten Stelle des Kanals pumpen. Der Kanal spielt eine wichtige Rolle im Güterverkehr, indem er als Bindeglied für fünf Meere fungiert: das Weiße Meer, das Schwarze Meer, das Kaspische Meer, die Ostsee und das Asowsche Meer, aber auch für die Wasserversorgung der umliegenden Landwirtschaftsflächen. Im Anschluss an die Durchfahrt des Kanals folgt eine idyllische Reise über den Don durch die Steppenlandschaft bis zur schönen Stadt Rostow am Don.

Monika Huschenbett

◀ **Kiek ins Land**

Letzte Oberleitungsfähre Deutschlands in Strausberg

Das heute eingesetzte Fährschiff Steffi, gebaut 1967 in der Schiffswerft Marienwerder, ist seit der Stilllegung der Fähre Haßmersheim (Neckar) im September 2014 die letzte verbliebene Oberleitungsfähre in Deutschland. Sie überquert den Straussee auf 370 Meter Länge und ist als technisches Denkmal zu einem touristischen Anziehungspunkt Strausbergs geworden. Die Personen-Seilfähre verbindet das Stadtgebiet mit dem

Waldgebiet Jenseits des Sees. Die Fährverbindung existiert seit 1894, als der Kaufmann Gepke am westlichen Seeufer eine Badeanstalt mit Restaurant errichten ließ. Das anfangs noch von Hand mit einer Winde betriebene Schiff wurde auf Grund der steigenden Beliebtheit durch ein größeres motorbetriebenes Fährschiff ersetzt. Wir wünschen dem Fährmann immer genug Wasser unter der Fähre und euch empfehlen wir auf der

gegenüberliegenden Seite den wunderschönen Uferwanderweg für den Rückweg zu nutzen. Denn auch genug Zeit in der schönen Natur schützt euer Abwehrsystem!

Carsten Wenzel

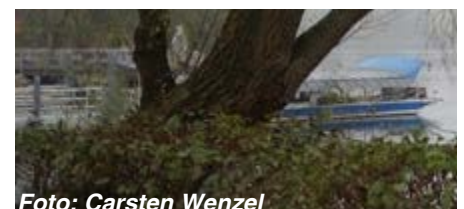


Foto: Carsten Wenzel

Bürgerbüros

Bettina Fortunato (MdL)
Bürgerbüro Seelow
 Breite Straße 9
 15306 Seelow
 Telefon: (0 33 46) 85 21 45
 Telefax: (0 33 46) 85 21 47
 buero-fortunato@t-online.de
 www.bettina-fortunato.de

Geschäftsstellen

Kreisgeschäftsstelle MOL
 www.dielinke-mol.de
 info@dielinke-mol.de

Bad Freienwalde
 Grünstraße 8
 16259 Bad Freienwalde
 Telefon/Fax: (0 33 44) 33 45 41
 frw@dielinke-mol.de
 www.dielinke-frw.de

Strausberg
 Große Straße 45
 15344 Strausberg
 Telefon: (0 33 41) 31 17 96
 Telefax: (0 33 41) 31 47 75
 strausberg@dielinke-mol.de
 www.dielinke-strausberg.de

LinksTreff

LinksTreff Seelow
 Breite Straße 9
 15306 Seelow
 Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47
 seelow@dielinke-mol.de
 www.dielinke-seelow.de

Öffnung der Büros der LINKEN im Dezember

Geschäftsstelle Strausberg
 Montag bis Donnerstag
 10.00 - 12.30 Uhr

Die Geschäftsstelle Bad Freienwalde
 jeden 1. Dienstag im Monat
 9.30 - 11.30 Uhr und
 jeden Donnerstag
 16.00 - 18.00 Uhr

Der LinksTreff Seelow
 Montag bis Mittwoch
 9.00 - 12.00 Uhr

Seelower Wahlkreisbüro von Bettina Fortunato
 Montag bis Donnerstag
 9.00 - 13.00 Uhr

Nächste Ausgabe

Redaktionsschluss: 1. Jan. 2022
 Erscheinen: 15. Jan. 2022

◀ **Treffpunkte der LINKEN MOL**

In den Geschäftsstellen der LINKEN Strausberg, Seelow und Bad Freienwalde gilt die 3-G-Regel.

Der Kreisvorstand hat sich aufgrund der allgemeinen Gefährdungslage und in Anlehnung an die entsprechend geltenden Vorschriften sowie an die Empfehlungen unserer Partei für die Abhaltung von Veranstaltungen und Versammlungen für die 3-G-Regel entschieden. Wir wissen, dass damit nicht alle zufrieden sind, hoffen aber, diese Etappe der beschlossenen Einschränkungen auch noch zu überstehen.

Niels-Olaf Lüders
 Kreisvorsitzender MOL

Geschäftsstellen geschlossen

Strausberg vom 20. Dezember 2021 bis 2. Januar 2022

Bad Freienwalde vom 20. Dezember 2021 bis 7. Januar 2022

Im Treffpunkt Große Straße 45

Kostenlose Rechtsberatung –
 DIE LINKE hilft: jeden 1. Dienstag im Monat, 18.30 Uhr

<https://videokonferenz.die-linke.de/b/mat-olu-0sb-etw>

Gemeinsames Frühstück und Rotes Café entfallen bis auf Weiteres wegen der Pandemie

Wer macht mit?

Im Februar 2022 wählen die Mitglieder der LINKEN Märkisch-Oderland einen neuen Kreisvorstand.

Zudem bestimmen sie einen neuen Verantwortlichen für Finanzen, eine neue Revisionskommission, Delegierte und Ersatzdelegierte für den Landesparteitag Brandenburg und den Bundesparteitag der LINKEN.

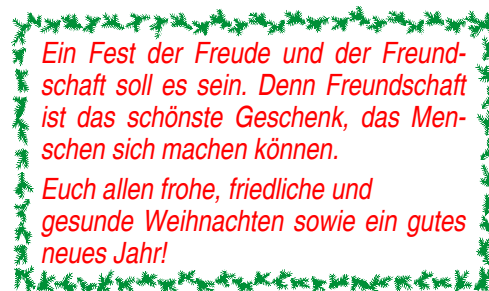
Wer kandidieren möchte, ist herzlich willkommen und kann sich gern in der Geschäftsstelle der LINKEN melden:

info@dielinke-mol.de oder
 Tel. 0 33 41 31 17 96

Gedenken an Erna und Kurt Kretschmann

Am **6. Januar 2022** treffen sich Mitglieder der LINKEN und Freunde des Hauses der Naturpflege wieder traditionell um **14.30 Uhr** am Grab von Erna und Kurt Kretschmann auf dem Friedhof Bad Freienwalde, Frankfurter Straße 99, um der Umweltaktivisten zu gedenken.

Wenn es die Corona-Regelungen zulassen, anschließend gemütliche Runde bei Kaffee und Kuchen.

**IMPRESSUM**

Herausgeber: Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL. Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Der Druck der Zeitung „Impulse“ wird durch Spenden finanziert.

V.i.S.d.P.: Niels-Olaf Lüders, Tel. 03341-311796, Redaktion: Renate Adolph, Simone Schubert, Carsten Wenzel, info@dielinke-mol.de.
 Layout u. Satz: Fortunato Werbung, - www.fortunato-werbung.de, Fotos/Grafiken: DIE LINKE. MOL, privat